

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 17

Artikel: Import von Strukturen : die Eroberung und Sowjetisierung Afrikas am Beispiel von Angola
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Eroberung und Sowjetisierung Afrikas am Beispiel von Angola

Import von Strukturen

Eine Untersuchung von Laszlo Revesz anhand kommunistischer Quellen von Freund und Feind

Die sowjetische Afrika-Politik neueren Typs hat verschiedene Ausprägungen. Am Horn von Afrika liegen Aussichten und Risiken vornehmlich im Wechselspiel und Doppelspiel der Allianzen. Aber in Angola hat sich die UdSSR nicht einfach bloss mit Waffengewalt und aussenpolitischem Einfluss einen Bündnispartner gesichert, sondern auch schon einen Staat ihres Modells geschaffen. Tatsächlich ist das Land in einem Ausmass sowjetisiert worden, das die Weltöffentlichkeit noch kaum zur Kenntnis genommen hat. Dieses zivile Produkt der militärischen Eroberung zeigt Prof. Revesz in der Untersuchung, mit der wir heute beginnen, anhand der «nicht-westlichen» Quellen. Den Angaben aus dem Sowjetlager stehen als Gegendarstellung chinesische Aussagen gegenüber.

Am 15. Januar 1975 wurde zwischen Portugal und der provisorischen Regierung Angolas ein Abkommen unterzeichnet, in welchem der 11. November 1975 als Zeitpunkt der Unabhängigkeit Angolas bestimmt wurde. Alle portugiesischen Truppen müssten bis Ende Februar 1976 Angola verlassen. Dieser Erfolg war dem einstweiligen Zusammenwirken der drei nationalen Befreiungsorganisationen FNLA, MPLA und UNITA zuzuschreiben.

Terrain-Planierung ...

Der chinesische UNO-Delegierte Hua sagte im März 1976 in diesem Zusammenhang:

«Seit langem spricht die sowjetische Propagandamaschine offen von den ‚benedictenwerten Naturressourcen in Angola‘ und seiner ‚äusserst wichtigen strategischen Position‘. Sie versuchen, Flotten- und Luftstützpunkte in Angola zu ergattern, mit dem Ziel, die Herrschaft über den südlichen Atlantik an sich zu reißen. Darüber hinaus beabsichtigen sie auch, Angola zum Sprungbrett für eine Expansion in Mittel- und Südafrika zu machen, die nationalen Befreiungsbewegungen im ganzen Süden Afrikas zu unterwühlen. (...)

Der sowjetische Sozialimperialismus hat eine der drei angolanischen Befreiungsorganisationen (die MPLA) gegen die anderen zwei unterstützt, absicht-

lich eine Spaltung hervorgerufen, mehrmals die gemeinsamen Abkommen und Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen den drei Befreiungsorganisationen unterminiert und die Übergangsregierung, die ein Symbol der angolanischen nationalen Einheit war, zum Scheitern gebracht.»¹

In der provisorischen Regierung waren die drei Befreiungsorganisationen und die portugiesische MFA vertreten; die portugiesischen Streitkräfte (laut «Prawda» etwa 24 000 Mann) hätten neutral bleiben sollen, nahmen aber eher für die marxistisch-leninistische MPLA Stellung, was von der «Prawda» lobend anerkannt wurde. In den Streitkräften gab es kommunistische Zellen, die trotz Protesten von allen Seiten für die MPLA arbeiteten. Dagegen protestierte u. a. Sambias Präsident Kaunda, der im Frühjahr 1975 Lissabon einen Besuch abstattete.²

Bald war es den Sowjets durch ihre einseitige und beträchtliche Unterstützung für die MPLA gelungen, zwischen die drei Bewegungen einen Keil zu schlagen. Die «Peking Rundschau» schrieb:

«Zuallererst trieben die sowjetischen Revisionisten unter der Flagge der ‚Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung‘ einen Keil zwischen die verschiedenen Befreiungsorganisationen Angolas und spalteten sie. Eine der drei lobten sie in den Himmel, die andere zwei traten sie mit Füßen. Sie sabotierten laufend die Vereinbarungen und die Waffen-

«Die neue expansive Offensive des Kremels in Afrika hat seine Habgier nach den reichen Schätzen des Kontinents und sein Streben nach der Herrschaft über ganz Afrika entlarvt. Sie ist zugleich Bestandteil seiner Globalstrategie und eingebunden in seinen umfassenden Plan zum Kampf um Europa, den Angelpunkt der Strategie des Kremels. Moskauer Expansion südlich des Äquators ist mit seinem Kampf um die Vorherrschaft im Roten Meer koordiniert. Die Rivalität der Supermächte in Afrika ist ein ‚Krieg an der Peripherie‘ in ihrem Kampf um Europa. (...) Der Kreml verfolgt das strategische Ziel, mit dem Unterleib Afrikas den Anfang

zu machen, den afrikanischen Kontinent quer zu durchschneiden, vitale Küstengebiete Afrikas unter Kontrolle zu bringen, allmählich den Einfluss der USA und anderer westlicher Länder im südlichen Afrika hinauszudrängen, die strategischen Ressourcen dieser Region und die entscheidende strategische Passage vom Indischen Ozean nach Westeuropa in die Hand zu bekommen, um so jederzeit die lebenswichtige Versorgungsader der Länder des Westens abzuschneiden und Westeuropa in den Würgegriff nehmen zu können ...»

«Peking Rundschau», Nr. 20/1977

stillstandsabkommen zwischen den drei Befreiungsorganisationen. (...) Sie wiegelten Kuba auf, eine über 10 000 Mann starke Armee einzusetzen. Unter dem Deckmantel des natürlichen Verbündeten kommandieren sie die afrikanischen Staaten herum, gehen mit Erpressung und Einschüchterung gegen sie vor und untergraben die afrikanische Einheit mit allen Mitteln. Wer ihnen keine Folge leistet, wird Lakai des Imperialismus.»³

Die Sowjets erklärten hingegen: «Die Provokationen der in- und ausländischen Reaktion bestreben eine Spaltung in der nationalen Befreiungsbewegung.» Besonders grobe Angriffe richteten die Imperialisten auf die MPLA, die seinerzeit die Hauptstütze des bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus gewesen sei. Sie geniesse die breite Unterstützung des Volkes, sie habe eine fortschrittlich-demokratische politische Plattform und wolle eine echte Zusammenarbeit mit den übrigen Befreiungskämpfern. Die lokale Reaktion strebe hingegen eine territoriale Teilung an, um besonders die östlichen Gebiete Angolas abzutrennen.⁴

Nachdem die Koexistenz zwischen den antikommunistischen FNLA und UNITA einerseits und der MPLA andererseits einem erbitterten Kampf Platz gemacht hatte, wurde laut osteuropäischer Presse ein «Marionettenstaat» mit Sitz in Nova Lisboa (umbenannt in Huambo) ausgerufen.⁵ Infolge der ständigen Einmischungen konnte also die Einheit in der ehemaligen Kolonie zerschlagen werden.

Die MPLA, die Nationale Befreiungsfront FNLA und der Nationalbund für die vollständige Unabhängigkeit Angolas, UNITA, unterzeichneten am 21. Juni 1975 noch eine Vereinbarung über die Schaffung einer gemeinsamen provisorischen Regierung, die jedoch von allen Seiten verletzt wurde. Am 25. Juli 1975 erklärte der Führer der FNLA — als Antwort auf die vielfachen Vertragsbrüche der MPLA — den «totalen Krieg» gegen die MPLA, und am 16. Juli entstand eine eigene provisorische Regierung im Norden, die sich — laut sowjetischer Behauptung — von Angola lösen wollte.⁶ Nach sowjetischer Darstellung war das die Folge der imperialistischen bzw. kolonialistischen Aktionen und der Unterstützung der reaktionären Bewegungen durch China.⁷ Ueber den Einsatz der kubanischen Truppen schwiegen die osteuropäischen Informationsmedien solange, bis er ohnehin weltweit bekannt wurde.

Die Sowjets liessen den 4. Februar, den Tag des Beginns der Widerstandsbewegung in Angola 1961, zum Tag der Internationalen Solidarität mit dem angolesischen Volk (=MPLA) ausrufen.⁸ Zur Rechtfertigung ihrer Interventionen berief sich die Sowjetunion darauf, dass die NATO-Kreise, London und die Maoisten eine Verschwörung gegen das angolesische Volk veranstaltet und die beiden reaktionären Befreiungsbewegungen, FNLA und UNITA, mit Waffen und Beratern versorgt hätten.⁹

... und Aufbauarbeit

Die MPLA verkündete am 11. November 1975 allein die Gründung der Volksrepublik Angola und begann die radikalen revolutionären Reformen. Die Losung der neuen Republik lautete: «Die Produktion ist der Widerstand gegenüber dem Feind.» Nach sowjetischem Muster rief sich die MPLA als die einzige Vertreterin und Führe-

rin des Volkes aus; ihre Politische Kommission übernahm dieselbe Rolle, die in den regierenden KPs das Politbüro innehat.¹⁰ Sie dirigiert nicht nur in der Staatsverwaltung — durch die sogenannten Volkskommissionen —, in der Wirtschaft, sondern auch in den Streitkräften, die sie lange Zeit als ihreigen bezeichnete. Ihre Macht in den Streitkräften wird durch ein Netz der Politikommissare garantiert.¹¹

Unverzüglich wurden ganze Branchen der Wirtschaft verstaatlicht, mit dem Landeigentum von Feinden beginnend. Noch im November 1975 wurden das Gesundheitswesen und die Volksbildung verstaatlicht; die ersten Organe der «Volksmacht» wurden in der Hauptstadt eingerichtet und verbundene staatliche Geschäfte eröffnet.

Bald beschloss das ZK der MPLA, in der zweiten Hälfte 1977 werde ein Kongress abgehalten, um die MPLA in eine avantgardistische, revolutionäre Arbeiterpartei umzuwandeln.¹² Die Banken wurden nun unter staatliche Kontrolle gestellt, die Einlagen geflüchteter ausländischer Unternehmer sofort beschlagnahmt, die Zahlungen auf Checks eingestellt. Der Spekulation erklärte man den Krieg. In Arbeitervierteln wurden Volksläden eröffnet, die bei der Versorgung mit den wichtigsten Konsumgütern privilegiert wurden und werden.

Apparat und «Wahlen»

Die 1976 einseitig von der MPLA verabschiedete Verfassung beauftragte diese mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Führung der Nation. MPLA-Aktivistinnen wurden in alle 16 Provinzen entsandt, um dort den administrativen

Apparat einzurichten. Es entstand eine Personalunion zwischen MPLA-Führung und Staatsführung. Die Mitglieder des Politbüros wurden Mitglieder des Revolutionsrates, der die oberste gesetzgeberische und exekutive Funktion übernahm. In der Hauptstadt und teilweise auch in der Provinz wurden sogenannte Volkskommissionen aufgestellt, die dem Revolutionsrat unterstehen, und am 2. Februar 1976 erklärte der Revolutionsrat diese zu Organen der Volksmacht. Dabei sind sie eine Bildung der MPLA und bleiben ihr auch unterstellt.

Erst am 27. Juni 1976 organisierte die MPLA in der Hauptstadt sogenannte Wahlen aufgrund des sowjetischen Systems: ein Kandidat pro Sitz in die Volkskommissionen. Die Kandidaten wurden von der MPLA und den von ihr kommandierten «Massenorganisationen» (Gewerkschaften) aufgestellt. Des Wahlrechts wurden auch formell beraubt: die Verräter, die Spekulanten, diejenigen, die Sabotagetätigkeit ausübten und fremde Arbeitskräfte beschäftigten. Die «Vorgeschlagenen» galten formell als Kandidaten des Blockes der Revolutionären Kräfte und wurden einstimmig auserkoren. Wie der Revolutionsrat im Herbst 1976 bekanntgab, sollen die Wahlen auch in der Provinz abgehalten werden, damit die Volksorgane bis Ende 1977 überall funktionieren.

Trotzdem die MPLA schon am Anfang 1977 eine eigene Organisation hatte, gilt sie immer noch als Bewegung, die erst Ende 1977 auch formell in eine avantgardistische Partei nach sowjetischem Muster umgewandelt werden soll. Neto erklärte im November 1976 in einem Interview für die in Frankreich erscheinende Zeitschrift «Afrique — Asie», für die nächste Zeit sei die Umgestaltung der MPLA in eine Avantgardepartei der Arbeiterklasse eine der zentralen Aufgaben.¹³ In einer Ansprache Anfang Februar 1977 betonte er erneut, Ende 1977 werde der MPLA-Kongress abgehalten, um eine Partei zu gründen, die aufgrund des Marxismus-Leninismus tätig sein und die radikalen Umgestaltungen in Richtung des Sozialismus verwirklichen werde.¹⁴

Allerdings ging die radikale wirtschaftliche Umstellung nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Die ausländischen Gesellschaften lehnten die staatliche Kontrolle ab, wodurch sie die Regierung «zwangen», die Betriebe der Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie die Stahlgiessereiwerke schon im Mai 1976 zu verstaatlichen. Anschließend kamen die Glasfabriken, die metallverarbeitenden Betriebe, die Eigentumsobjekte der Fischereigesellschaften usw. an die Reihe.

Produktionsverpflichtungen usw.

Nach sowjetischem Muster wurde ein Plan für 1977—1979 verabschiedet. Die MPLA-Führung begann schon im Frühjahr und Sommer 1976 die Bevölkerung für die «freiwillige gemeinnützige Arbeit im Interesse der Gesellschaft» zu mobilisieren. Für die Kaffee-Ernte wurden 1976 die Werktätigen der Hauptstadt, ferner Truppen von Studenten, Ärzten, Lehrern usw. eingesetzt. Es entstanden freiwillige Arbeitsbrigaden, z. B. für die Reparatur der Lastwagen. Die Arbeitnehmer der Fabriken gingen Produktionsverpflichtungen ein.

In den verstaatlichten Betrieben entstanden Arbeiterkommissionen; auf dem Lande wurden die ersten Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) errichtet. Um alles — Wirtschaft und Staatsverwaltung — besser kontrollieren zu können, bil-

dete man in den Provinzen MPLA-Komitees, die das sowjetische Muster nachahmen: die künftige Partei soll ihre Zellen in allen territorialen Verwaltungseinheiten des Staates und in allen Betrieben einrichten.¹⁵

Als Positivum sei festgehalten: Am 15. April 1976 wurde die allgemeine Schulpflicht verkündet, und 600 000 Kinder kamen in die Elementarschulen. Die von den Europäern verlassenen Häuser wurden entweder armen Familien übergeben oder für Schulen und Kindergärten zur Verfügung gestellt. Am 18. Mai 1976 erklärte der angolische Ministerpräsident vor dem sowjetischen Fernsehen, über 90 Prozent der Bevölkerung seien noch Analphabeten.¹⁶

Die Armee bildete sogenannte Volksstreitkräfte für die Befreiung Angolas (FAPLA); bald kamen



Zabelischensky: „Während die UdSSR sich damit brüstet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN/WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen
280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanz-
kaschiert, DM 25,-

Authentische Berichte über die brutalen Verfolgungen und Folterungen in der Sowjetunion. Die FAZ urteilt: „Die Kopenhagener Sacharow-Anhörung hat das düstere Panorama eines totalitären Staates entrollt. Die eindringliche Lehre von Kopenhagen ist: Der Westen kann helfen, wenn er immer wieder auf das Geschick einzelner hinweist, kann er es werden. Darum ist Kenntnis so wichtig.“ Verschaffen Sie sich diese Kenntnis aus erster Hand von denen, die die selbst erlittene Unmenschlichkeit in Kopenhagen für dieses Buch zu Protokoll gegeben haben!

Bestellschein

An den
Verlag Johann Wilhelm Naumann
Postfach 54 80
8700 Würzburg 1

Ich bestelle
... Ex. 24 Zeugen, 280 Seiten, 32
Bildtafeln, hochglanzkaschiert, zum
Preis von je DM 25,-

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Unterschrift

Soeben erschienen!

Heinz Brandt Ein Traum, der nicht entführbar ist

Mein Weg zwischen Ost und West mit einem Vorwort von Erich Fromm und einer warnenden Vorrede des Autors anlässlich der unveränderten Neuaufgabe nach zehn Jahren schnellebiger Zeit.

Reprint der Erstausgabe von 1967 und Pressestimmen von Hermann Weber, Walter Osten, Martin Jänicke, Peter Jokosta, Ossip K. Flechtheim, Annemarie Doherr, Karl Krolow im Anhang.

450 Seiten, DM 20,-.

Brandts Buch «Ein Traum, der nicht entführbar ist» ist eines der wichtigsten Werke zum Verständnis der deutschen Situation nach 1945; es enthält Informationen, wie sie mit solcher Authentizität und von dieser Seite bisher noch nicht geliefert worden sind. Allein das Kapitel über die Entwicklung der sowjetischen Politik nach dem Tode Stalins und über die Ereignisse, die zum sogenannten «Neuen Kurs» des Jahres 1953 führten und zum unmittelbar anschließenden 17. Juni, dem Aufstand der mitteldeutschen Bevölkerung gegen Ulbricht, muss jedem politisch Interessierten als Pflichtlektüre angeraten werden.

Martin Gregor-Dellin im Bayer. Rundfunk 1967

Verlag europäische ideen,
Postfach 246, 1000 Berlin 37

auch Volksmilizen hinzu. Der Oberkommandierende des Militärkreises Cabinda, gleichzeitig Mitglied des Revolutionsrates, erklärte im Juli 1977: «Die Volksstreitkräfte sind bereit, jegliche aggressiven Machenschaften der Imperialisten ... zu zerschlagen.» In dieser Provinz spitzten sich damals die Kämpfe zu; die «separatistische Gruppe» FLEK errichtete in Santa-Massala eine eigene Regierung — an der Grenze zu Zaire. Der Oberkommandierende von Cabinda nannte das jedoch ein Märchen, da diese Organisation schon im November 1974 durch die MPLA verjagt worden sei.¹⁷

(Fortsetzung folgt)

Kriegsmemoiren von Djilas bestätigen eine peinliche «Verleumdung»

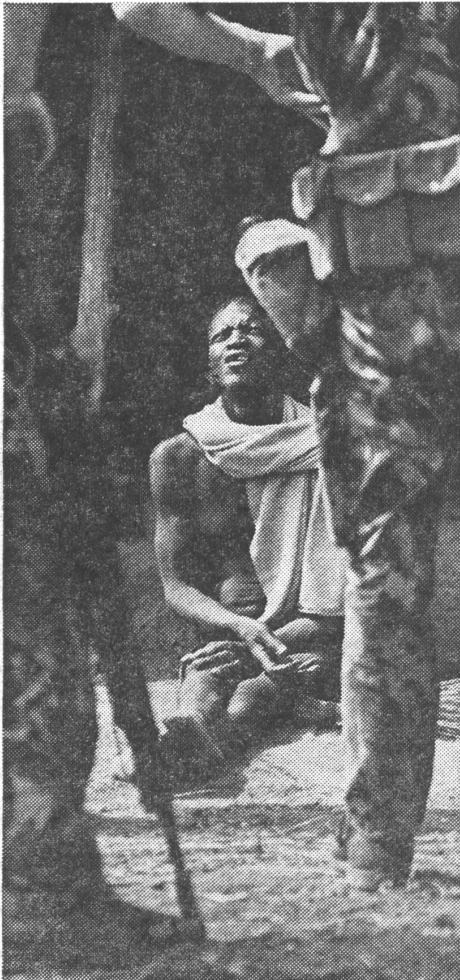
Tito wollte Kollaboration mit Deutschen

Ein neues Beispiel von der Dialektik des «antifaschistischen» Kampfes

Anmerkungen

- 1«Peking Rundschau» (PR), Nr. 14/1976
- 2«Prawda», 30. 5. 1975
- 3PR, Nr. 6/1976, Die koloniale Expansion des sowjetischen Revisionismus liegt offen vor allen Augen
- 4«Prawda», 30. 5. 1975
- 5«Uj szo», Bratislava, 28. 12. 1975
- 6«Mirowaja ekonomika i meschdunarodnyje otnoschenija», Moskau, Nr. 10/1975
- 7«Prawda», 23. 11. 1975
- 8«Kasachstanskaja prawda», Alma-Ata, 4. 2. 1976
- 9«Prawda», 21. 11. 1975
- 10«Uj szo», 18. 8. 1976
- 11«Prawda», 9. 7. 1976
- 12«Prawda», 11. 11. 1976
- 13«Uj szo», 20. 11. 1976
- 14«Prawda», 8. 2. 1977
- 15Ausführlicher: «Prawda», 11. 9. 1976
- 16«Prawda», 19. 5. 1976
- 17«Prawda», 8. 7. 1977

Mitten im Zweiten Weltkrieg suchte Tito für seine Partisanenarmee einen Waffenstillstand mit der deutschen Okkupationsmacht zwecks gemeinsamer Bekämpfung einer allfälligen britischen Landung an der Adriaküste. Diese Enthüllung macht sein ehemaliger Waffengefährte Milovan Djilas in einem neuen Band seiner Memoiren, der sich mit der Zeit des jugoslawischen Partisanenkampfes 1941—1945 befasst. Damit wird von einem Beteiligten selbst bestätigt, was die jugoslawische Presse eine «Verleumdung» nannte, als es vor vier Jahren durch einen amerikanischen Historiker ins Gespräch gebracht wurde. Aber Djilas hat seine Information aus erster Hand: Er hatte in Person die Delegation geleitet, die Tito 1943 nach Zagreb zur Verhandlung mit der Wehrmacht schickte.



Angolese im MPLA-Verhör.

In seinem neuen Buch («Wartime», Verlag Harcourt Brace Jovanovic, New York und London 1977) beschreibt Djilas auf 470 Seiten seine Erfahrungen während des Krieges, als er zusammen mit Tito, Kardelj und Rankovic die jugoslawische Parteiführung bildete.

Der heute 66jährige Djilas war damals ein loyaler und anfechtungsloser Verbündeter Stalins. Nachdem es aber 1948 zum Bruch mit Moskau und zum Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform gekommen war, konnte er nicht mehr zur unkritischen Befolgung der Parteilinie zurückfinden und wurde im Januar 1954 gesäubert. Seither ist er ein politischer Autor geworden, dessen Werke allerdings nur noch im Ausland publiziert werden können. 1957 schilderte er die etablierte kommunistische Machtausübung in einem Buch, dessen Titel zu einem Begriff der politischen Terminologie geworden ist: «Die neue Klasse».

Ob man nun Djilas als «wirklichen Kommunisten» oder als «Antikommunisten» verstehen will: zu vernehmen ist er schon als Zeuge. Wie speziell in seinen Memoiren.

Dem jugoslawischen Partisanenkampf 1941 bis 1945 ist der dritte Teil der Erinnerungen von Milovan Djilas gewidmet. Ein erster Band beschäftigte sich mit der Zeit vor 1929, ein zweiter Band mit der Periode zwischen 1929 und 1941. Und der vierte, noch ausstehende Teil der Memoiren wird dann den sicherlich ebenfalls interessanten Jahren 1945—1954 gelten.

Ueber die Kriegsjahre berichtet Djilas natürlich vieles, was in der offiziellen jugoslawischen Geschichtsschreibung auch vorkommt, nur vielleicht in anderer Optik. Doch daneben spricht er offen von Dingen, über die sich die offizielle Historik ausschweigt. Nebenbei zum Beispiel von Titos Geliebter Davorjanka Paunovic; das tuberkulöse Mädchen, damals unter ihrem Partisanennamen «Zdenka» bekannt, terrorisierte mit ihrer Neigung zu hysterischen Anfällen zuweilen das ganze Hauptquartier; sie starb nach dem Krieg. Solche Dinge würden «an sich» gar keine politische Brisanz haben (warum sollte denn Tito nur als

Kriegsheld ein Mann gewesen sein?), wenn sie nicht der amtlichen Hagiographie ins Gehege kämen, die mit puritanischem Eifer die «Grossen» gegen den Verdacht abschirmt, auch sie könnten aus Fleisch und Blut bestanden haben oder bestehen.

Andere Tabus des Parteigesichtsbildes sind freilich von massiver politischer Beschaffenheit. Und wenn Djilas die seinerzeitige Bereitschaft Titos zeigt, mit den Besatzungstruppen handels-einig zu werden, so geht es nicht mehr um eine Episode der «petite histoire», sondern um eine Hauptfrage der geschichtlichen Wertung: Ist es noch länger möglich, die Partei, ihre Partisanen und ihren Chef als «antifaschistisch» zu begreifen?

In einem neuen Zusammenhang ist es die gleiche Frage, die sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt auch für die Kommunisten Jugoslawiens zu Beginn des Krieges stellte.

Titos Partisanen nahmen den Kampf gegen die Achsenmächte keineswegs damals auf, als diese im April 1941 Jugoslawien überrannten, sondern erst im Juli jenes Jahres nach dem Ueberfall Hitlers auf die UdSSR. In der Zwischenzeit lag die Résistance allein bei den nationalen Partisanen (den «Tschetniks») von General Draza Mihajlovic, der später im Zweifrontenkampf gegen die Deutschen und die Kräfte Titos stand und nach dem Krieg hingerichtet wurde. Tito hatte die Stirn, seinem Rivalen Kollaboration mit den Deutschen vorzuwerfen.

Und nun stellt sich heraus, dass Tito selbst die Kollaboration gesucht hatte.

Die Verhandlungen mit der Wehrmacht fanden im März 1943 in Zagreb statt. Den Partisanen Titos standen damals viele Feinde gegenüber: die Deutschen, die Italiener, die kollaborierenden Ustaschi in Kroatien, die ebenfalls von allen Seiten angegriffenen Tschetniks. Da ergriff Tito die Gelegenheit, via Gefangenenaustausch mit den Deutschen ins Gespräch zu kommen. Seinen Leuten waren in den letzten Gefechten etwa ein Dut-